



Ökologisch-Demokratische Partei



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 19. Jan. 2017

Antrag

Die Situation jugendlicher Geflüchteter stabilisieren:

München richtet verstärkt Möglichkeiten zur praktischen Berufsorientierung und Berufsvorbereitung ein

Um jugendliche Geflüchtete möglichst rasch aus dem „Warte- und Herumhänge-Modus“ herauszubringen, werden die zuständigen Verwaltungsstellen - insbesondere Sozialreferat und Referat für Arbeit und Wirtschaft – aufgefordert, allen Betroffenen möglichst rasch einen Platz bei einem geeigneten Träger oder Unternehmen anzubieten, auf dem sie in adäquate praktische Tätigkeiten ihre Kompetenzen und Fertigkeiten kennenlernen, erproben und ausbauen können. Das Angebot solcher Praktikumsstellen erfolgt unabhängig vom asylrechtlichen Status, der Berufsschulpflichtigkeit und von einer möglichen späteren Arbeitserlaubnis.

Begründung:

In einem interministeriellen Schreiben noch zum Jahresende 2016 verfügte das Bayerische Innenministerium, dass Asylbewerbern aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten wie etwa Albanien, Senegal oder Ghana grundsätzlich keine Beschäftigungserlaubnisse zu erteilen seien. (Bericht Dietrich Mittler in Süddeutsche Zeitung vom 02.01.2017). Die Erteilung einer individuellen Arbeitserlaubnis wird abhängig gemacht von der statistischen Anerkennungsquote im Asylverfahren! In Fällen mit geringer Anerkennungsquote spreche „die migrationspolitische Erwägung dafür, den Antrag des Asylbewerbers auf Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis abzulehnen“ wird aus dem Schreiben des Innenministers zitiert.

Der Münchner Flüchtlingsrat sieht hier die Gefahr, dass nur noch Flüchtlinge aus Herkunftsländern mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit zum Arbeitsmarkt zugelassen werden sollen.

Für die Münchner Stadtgesellschaft, ob Bürger, Helfer oder Wirtschaft, steht eine solche Zielsetzung völlig konträr zu den von allen angestrebten Integrations- und Inklusionszielen. Denn eine frühzeitige Eingliederung in sinnvolle Arbeitsprozesse ist die beste Voraussetzung für gelingende Integration. „Integration“ darf nicht zum „Abschiebehemmnis“ pervertiert werden.

Cetin Oraner (DIE LINKE), Sonja Haider (ÖDP), Brigitte Wolf (DIE LINKE)

Ausschussgemeinschaft: ÖDP Stadtratsgruppe & DIE LINKE Stadtratsgruppe

Rathaus, Marienplatz 8 • Stadtratsbüro: Zimmer 174 - 176 • 80331 München

ÖDP: Telefon: 089 / 233 – 259 22 • E-Mail: stadtrat@oedp-muenchen.de

DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 252 35 • Fax: 089 / 233 - 2 81 08 • E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de